

10. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

1. Feber 1961

136/A.B.

zu 170/J

A n f r a g e b e a n t w o r t u n g

Eine Anfrage der Abgeordneten Z e i l l i n g e r und Genossen vom 15. Dezember 1960, betreffend Meldungen über 96 arbeitsgerichtliche Prozesse von Dienstnehmern gegen die Österreichische Rundfunk-Gesellschaft, hat Bundeskanzler Ing. R a a b namens der Bundesregierung wie folgt beantwortet:

Es entspricht nicht den Tatsachen, dass 96 Dienstnehmer der Österreichischen Rundfunk-Gesellschaft bei Gericht Ansprüche gegen diese Gesellschaft geltend gemacht haben. Wahr ist vielmehr, dass insgesamt 37 Dienstnehmer den Prozessweg beschritten, von denen aber bereits 5 auf Grund eines aussergerichtlichen Vergleiches die Klage zurückgezogen haben. Es sind derzeit somit nur 32 Verfahren anhängig, und zwar 21 beim Arbeitsgericht Wien und 11 beim Arbeitsgericht Klagenfurt.

Bei diesen Prozessen geht es nicht allein um die Frage der richtigen Einstufung der jeweiligen Kläger, sondern es stehen dabei grundsätzliche rechtliche Probleme zur Debatte, deren einwandfreie Lösung durch das Gericht für sämtliche Beteiligte wesentlich erscheint.

-.-.-.-.-